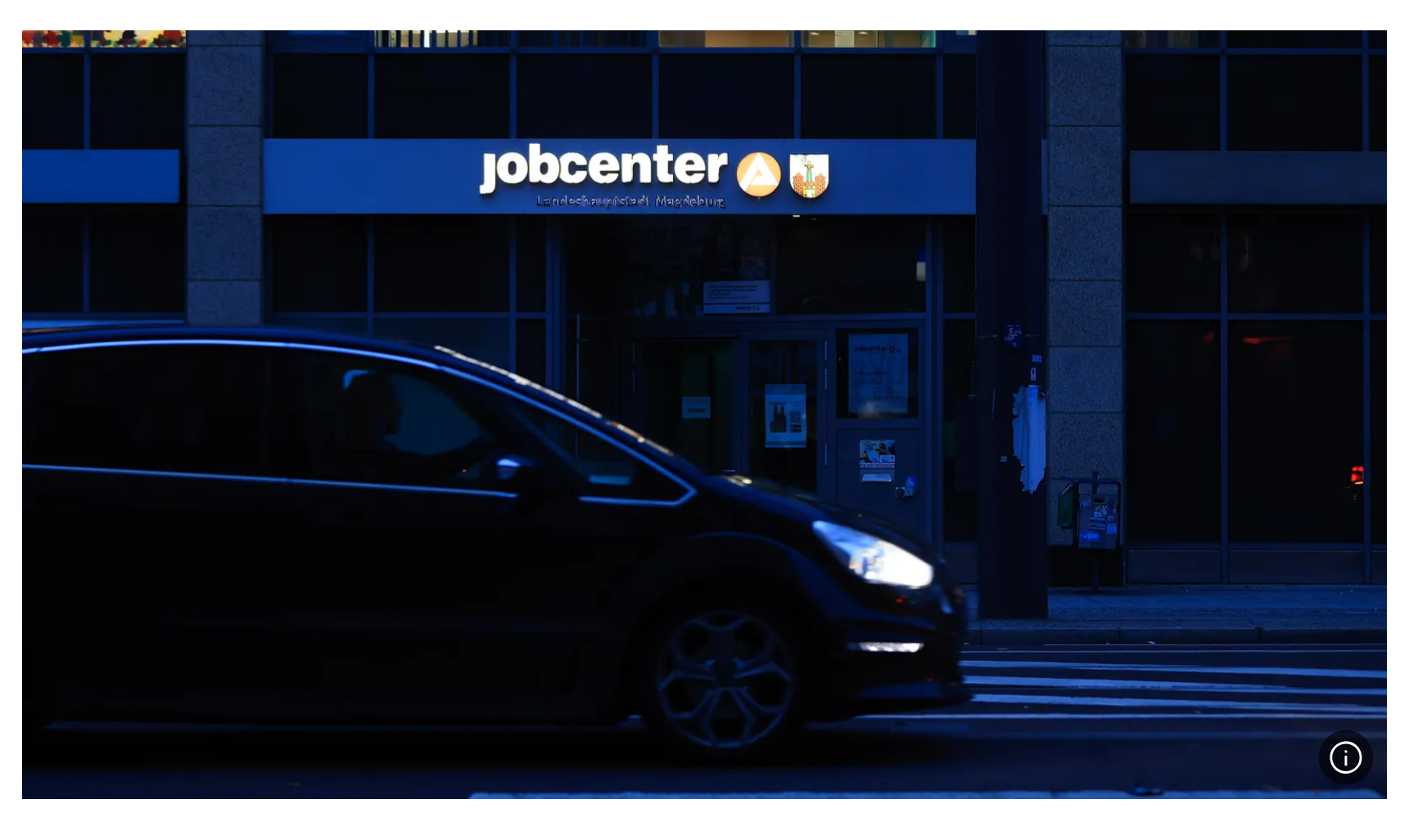


DIE DEBATTE UMS BÜRGERGELD

„Manchen Gruppen gönnt man das Bürgergeld eher als anderen“

22.09.2025, 18:42

Der Soziologe Linus Westheuser erklärt, warum das Thema Bürgergeld viele Menschen aufwühlt, wie Vorstellungen von „verdient“ und „unverdient“ die Debatte prägen und wieso der Sozialstaat in Verruf geraten ist.

Von Lara Wernig

Herr Westheuser, warum ruft das Thema Bürgergeld bei vielen Menschen starke emotionale Reaktionen hervor?

Das ist ein Thema, das sehr an moralische Einstellungen rührt, etwa zu Fragen von Fairness, Leistung und Gerechtigkeit. Der Sozialstaat ist auch eine in Institutionen gegossene Vorstellung einer gerechten Gesellschaft. In der Sozialpolitik wird deshalb immer viel mehr verhandelt als rein technische Modalitäten. Es geht um moralische Fragen von Rechten und Pflichten, gutem und schlechtem Verhalten. Man muss zudem auch immer daran erinnern, dass es sich um eine politisch fabrizierte Debatte handelt. Es gibt diese Debatte nur, weil sie von politischer Seite immer und immer wieder hochgeholt und scharf gemacht wird.

Welche moralischen Einstellungen meinen Sie konkret?

In der Soziologie sprechen wir von Deservingness, zu deutsch: Verdienstlichkeit. Es geht um die Frage, wer was an staatlicher Solidarität verdient. Dazu gibt es in der Bevölkerung Vorannahmen, die empirisch gut erforscht sind. Manchen gesellschaftlichen Gruppen gönnt man den Bezug von Bürgergeld eher als anderen.

Welchen?

Zum Beispiel Gruppen, die nichts dafür können, dass sie bedürftig geworden sind. Oder denen man zuschreibt, vorher etwas geleistet zu haben, was ihre Ansprüche begründet. Aber auch die nationale Zugehörigkeit ist ein Kriterium, anhand dessen oft Verdienstlichkeit unterschieden wird. Manche Figuren, die in der öffentlichen Debatte gezeichnet werden, vereinen viele solcher Kriterien. Nehmen wir als Beispiel eine ältere Frau, die drei Kinder großgezogen hat, deshalb immer wieder in Teilzeit gearbeitet hat und Anspruch auf Sozialleistungen hat. Das Gegenbeispiel ist ein junger Mann mit Migrationshintergrund, der Bürgergeld empfängt, weil er vermeintlich nur „keine Lust hat“ zu arbeiten.

Der Soziologe Linus Westheuser, 36, forscht am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin

Quelle: Kimi Palme

Die meisten würden wohl angeben, diese Frau hätte es mehr verdient, Leistungen zu erhalten als der Mann...

Genau. Die politische Frage ist, welche dieser Kategorien – verdient oder unverdient – den Fokus der Debatte bestimmt. Je nachdem, wie Menschen sich die Gruppe der Empfänger vorstellen, fällt die gesellschaftliche Reaktion darauf aus, wenn gekürzt oder sanktioniert werden soll.

Lassen Sie mich raten: Bei den Debatten in Deutschland geraten derzeit Menschen in den Fokus, die bei vielen in die Kategorie unverdient fallen?

Ja. Trotzdem gibt es in Deutschland einen starken Wohlfahrtskonsens in der Bevölkerung. Die große Mehrheit findet, dass es im Land ungerecht zugeht, und dass der Staat noch viel stärker eingreift, um Menschen zum Beispiel vor Altersarmut zu schützen. Aber dieser Konsens kann überdeckt werden, wenn vermeintlich unverdiente Gruppen ins Zentrum der Debatte geschoben werden. Dann überwiegt die moralische Empörung. Dann fallen Sätze wie: „Nicht auf unsere Kosten...“

Solche Sätze fallen aber nicht erst seit Einführung des Bürgergeldes, oder?

Nein, das ist ein altes politisches Muster. Schon spätestens ab den 70er Jahren wird der Sozialstaat permanent angegriffen, indem man die Verdienstlichkeit von Leistungsempfängern in Frage stellt. So etwas wie Pioniere in dieser Hinsicht waren die Republikaner in den USA, insbesondere Figuren wie Ronald Reagan.

Ronald Reagan, 40. Präsident der USA, etablierte den Begriff der „Welfare Queen“

Quelle: picture alliance/United Archives ©kpa Keystone

Wie sind sie vorgegangen?

Sie haben versucht, den Wohlfahrtsstaat mit Menschen zu verbinden, die besonders unbeliebt sind oder als moralisch zweifelhaft gelten. So gab es etwa das Schlagwort der „Welfare Queen“, das Reagan ab den 70er Jahren etabliert hat. Er zeichnete das abwertende Bild einer armen Frau – implizit als Afroamerikanerin dargestellt – die mehrere Kinder hat, weil sie so Leistungen beziehen kann, ohne zu arbeiten. Ziel war es, den Wohlfahrtsstaat mit den am wenigsten gesellschaftlich geachteten Gruppen zu assoziieren und dadurch als Ganzes zu diskreditieren.

Wer ist derzeit die deutsche „Welfare Queen“?

Das sind zum Beispiel die sogenannten Totalverweigerer. Dabei handelt es sich um eine verschwindend kleine Gruppe, die objektiv kein riesiges Problem darstellen. Doch sie rufen bei den Menschen eine große moralische Ablehnung hervor und werden in den Debatten deshalb oft nach vorne gestellt. Schon Anfang der 2000er kreisten die Diskussionen um Figuren wie den Leistungsempfänger „Florida Rolf“. Auch er stand für eine moralisch problematische Kategorie und tauchte passend zu den Arbeitsmarktreformen in den Medien auf.

> **„Ziel war es, den Wohlfahrtsstaat mit den am wenigsten gesellschaftlich geachteten Gruppen zu assoziieren und dadurch als Ganzes zu diskreditieren.“**
>
> Linus Westheuser, Soziologe an der Humboldt-Universität zu Berlin

Aber ist es nicht legitim, der hartarbeitenden Alleinerziehenden die staatliche Unterstützung eher mehr zu gönnen als dem lustlosen Totalverweigerer?

Zunächst ist es wichtig, sich klarzumachen, dass die Idee des lustlosen Totalverweigerers, der in Saus und Braus lebt, eine politisch motivierte Fiktion ist. Jeder, der sich mit der Lebensrealität von Leistungsempfängern beschäftigt hat, weiß, dass das Unsinn ist. Aber insgesamt ist auch die Idee, dass man sich den Anspruch auf Leistungen des Wohlfahrtsstaates verdient haben muss, überhaupt nicht selbstverständlich. In universalistischen Wohlfahrtstaaten, wie etwa in Skandinavien, werden Leistungen eher als ein soziales Recht verstanden. Jeder Staatsbürger hat das Recht auf Solidarität und soziale Infrastruktur, ähnlich wie er das Recht hat, von der Polizei geschützt zu werden oder öffentliche Straßen zu nutzen. In Deutschland haben wir dagegen eine sehr leistungszentrierte Sicht.

Warum ist der Leistungsgedanke in Deutschland so fest verankert?

Das liegt zum einen daran, wie unser Wohlfahrtsstaat aufgebaut ist. Oft überwiegt das Versicherungsprinzip, demnach Sozialleistungen letztlich Beiträge sind, die man vorher eingezahlt hat. Es geht eher um die Absicherung eines Lebensstandards, den man sich selbst erarbeitet hat. Das Bürgergeld steht auch in der Schusslinie, weil es nicht nach dieser Logik funktioniert, sondern der Satz unabhängig von individueller Leistung der gleiche ist. Dass die Debatte so stark um Leistung kreist, hat aber auch mit einer politischen Verschiebung zu tun, die spätestens mit Hartz-IV passiert ist. Hier wurde es zu einem gängigen Stilmittel, Verantwortung zu individualisieren und Leistungsempfänger unter Verdacht zu stellen.

Was meinen Sie damit?

Mit den Hartz-Reformen wurde die individuelle Verantwortung für das eigene Schicksal hervorgehoben. Das bedeutete einerseits, Ansprüche der Bürger an den Staat abzuweisen. Andererseits ging es aber auch weniger um die kollektive Absicherung gegenüber Risiken, die alle betreffen und die auch alle gemeinsam haben, sondern stärker darum, den Einzelnen die Schuld dafür zu geben, wenn sie bedürftig werden. Arbeitslosigkeit wurde als eine Frage der individuellen Motivation und Leistung gerahmt. Das ließ es plausibel erscheinen, dass man das Problem der Arbeitslosigkeit lösen kann, indem man Menschen durch Sanktionen dazu zwingt, jegliche Art von Arbeit anzunehmen. De facto wurden Menschen so in den Niedriglohnsektor gedrängt, der zur selben Zeit exorbitant anwuchs. Sinkende Arbeitsstandards und die Individualisierung von Verantwortlichkeit im Wohlfahrtsstaat sind zwei Seiten derselben Medaille.

Nieder mit Hartz 4!
Das Volk sind wir!

Hartz-IV markiert einen Wendepunkt in der Debatte um Sozialleistungen, sagt der Soziologe Linus Westheuser

Quelle: picture alliance / IPON ©Stefan Boness

Wir befinden uns seit einigen Jahren wieder in einer Phase wirtschaftlicher Unsicherheiten. Welche Rolle spielt das bei der Wahrnehmung von Gerechtigkeit in einem Sozialsystem?

Krisen setzen Verteilungsarrangements immer unter Druck und führen oft zu Verteilungskämpfen. Wie diese Kämpfe geführt werden, ist jedoch politisch offen. In der Vergangenheit haben Krisen auch dazu geführt, dass fortschrittliche Institutionen der sozialen Absicherung geschaffen wurden – denken wir an den New Deal in den USA oder den Ausbau des deutschen Sozialstaats nach dem Krieg. Heute sehen wir jedoch eher eine individualisierende und spaltende Reaktion auf Krisen. Die Debatte um das Bürgergeld ist ein Beispiel dafür. Es geht dabei weniger um echte Einsparungen – die finanziellen Auswirkungen wären marginal –, sondern vielmehr um politische Rahmung und die Frage, wer für die Krise verantwortlich gemacht wird.

Jobcenter berichten von hohen Nichterscheinungsquoten und Schwierigkeiten in der Kommunikation mit Bürgergeldempfängern. Ist es denn so falsch, den Einzelnen stärker in die Verantwortung zu nehmen?

Härtere Sanktionen könnten im Einzelfall Effekte haben, aber in der Summe haben sie keinen nennenswerten wirtschaftlichen Nutzen. Auch die Gruppe der „Totalverweigerer“ ist verschwindend klein, für den Staatshaushalt sind das Peanuts. Kürzungen im Sozialstaat bedeuten nicht zuletzt auch weniger Konsumkraft bei den Betroffenen, was wiederum negative Auswirkungen auf die Wirtschaft hat.

> **„In der Vergangenheit haben Krisen auch dazu geführt, dass fortschrittliche Institutionen der sozialen Absicherung geschaffen wurden – denken wir an den New Deal in den USA oder den Ausbau des deutschen Sozialstaats nach dem Krieg. Heute sehen wir jedoch eher eine individualisierende und spaltende Reaktion auf Krisen.“**
>
> Linus Westheuser, Soziologe an der Humboldt-Universität zu Berlin

Steht die gesellschaftliche Akzeptanz des Sozialstaates gerade auf der Kippe?

Die grundlegende Idee des Sozialstaats von sozialer Absicherung, Teilhabe und Verteilungsgerechtigkeit hat weiterhin einen breiten Konsens in der Bevölkerung. Allerdings wird diese Solidarität an den Rändern erodiert. Besonders spaltend wirkt dabei die Idee der Meritokratie: Dass Ungleichheit legitim sei, weil sie auf Leistung basiert. Diese Spaltung wird oft durch Abgrenzung nach unten verstärkt, etwa wenn Niedrigverdiener sich von Sozialleistungsempfängern distanzieren. Das ist eine toxische Form der Selbstvergewisserung und schadet dem wohlfahrtsstaatlichen Konsens.

Gibt es einen Weg aus dieser Gerechtigkeits-Debatte?

Diese Debatte ist politisch geschürt und wird durch Gesetzesänderungen ebenso wenig beendet werden, wie die Verschärfungen der Asylgesetze zu einem Ende der Migrationsdebatte geführt haben. Wichtig wäre es, andere Geschichten zu erzählen: Die Schicksale hinter den Kategorien des Sozialstaats zu zeigen – Kinder, die in Armut aufwachsen, oder Menschen, die durch Krankheiten, Schicksalsschläge oder wirtschaftliche Verwerfungen in schwierige Situationen geworfen werden – und klarzumachen, dass jeder in diese Situation geraten könnte. Gleichzeitig müsste man den Fokus stärker auf die Ungerechtigkeiten nach oben richten: auf Vermögen und Steuervermeidung bei den Reichsten unserer Gesellschaft. Im Gegensatz zum Sozialbetrug geht es hier nämlich tatsächlich um nennenswerte Summen.

Sehen Sie derzeit Akteure, die Macht und Willen haben, um die Debatte in neue Richtungen zu lenken?

Der Sozialstaat wird heute auch unter Druck gesetzt, weil das Lager seiner Verteidiger – Gewerkschaften, Sozialverbände und linke Parteien – historisch schwach aufgestellt ist. Die Gegner des Sozialstaats haben dagegen nahezu unbegrenzte finanzielle Mittel für ihre Kampagnen. Derzeit geht es für das soziale Lager darum, den Wohlfahrtstaat mit allen Mitteln zu verteidigen. Aber mittelfristig müsste man auch ein offensiveres Projekt für seinen Ausbau formulieren. Da würde es darum gehen, die Menschen für die Krisen und Wandlungsprozesse unserer Zeit noch besser abzusichern – und nicht länger zuzulassen, dass sich einige der Allerreichsten aus dem Gesellschaftsvertrag verabschieden.

Zur Startseite

CANNABISLEGALISIERUNG

So wird das nichts, Herr Streeck!

Der Drogenbeauftragte der Bundesregierung will beim Cannabisgesetz nachbessern. Mit Legalisierung hat das nichts mehr zu tun.

Ein Kommentar von Janna Claudia Wolf

Lesezeit 2 Min.

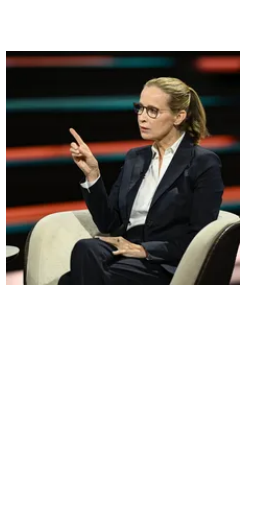
PARALLELEN ZU FOX NEWS?

„Was passiert, wenn NIUS größeren Einfluss auf die CDU gewinnt?“

Der Große Austausch, QAnon, Impfpanik: Verschwörungstheorien gelten als Gefahr für die Demokratie. Experte Michael Butter erklärt, ob wir bald Zustände wie in den USA haben und ab wann Verschwörungsszenen gefährlich werden.

Von Corinna Baier

Lesezeit 8 Min.



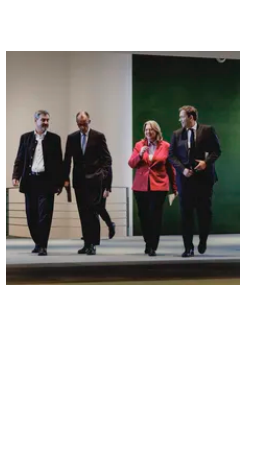
HERBST DER REFORMEN

Ein Minister soll jetzt für Schwarz-Rot die Wende bringen

Das Vertrauen in Schwarz-Rot schwindet mehr und mehr, in der CDU wächst die Ungeduld. Bei einer Klausur am Tegeler See will die Regierung deshalb den „Herbst der Reformen“ einleiten. Die Ansprüche sind hoch, die Realität oft bitter.

Von Alisha Mendgen

Lesezeit 4 Min.



RECHTE INFLUENCER

Das Märchen von Charlie Kirk als Kämpfer der Meinungsfreiheit

Der ermordete Aktivist Charlie Kirk wird auch in Deutschland als Ikone der Meinungsfreiheit gefeiert, weil er offene Debatten geführt habe. Interesse an echtem Austausch wird mit der Methode „Polit-Influencer“ verwechselt.

Von Corinna Baier

Lesezeit 6 Min.

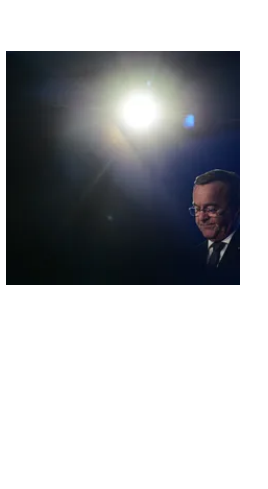
PISTORIUS AN DER OSTFLANKE

„Russland wird für die Nato mehr und mehr zur Gefahr“

Bei seiner Reise an die Nato-Ostflanke erlebt Verteidigungsminister Boris Pistorius, wie sehr die Verbündeten unter Anspannung stehen. Er versichert: Die Nato stünde bereit. Aber alle wissen, dass sich in der Drohnenabwehr Lücken auftun.

Von Mike Szymanski

Lesezeit 5 Min.



FOCUS+ App
Die ganze FOCUS Welt in einer App – Jetzt installieren
App Store Google Play